



Baden-Württemberg

REGIERUNGSPRÄSIDIUM FREIBURG • REGIERUNGSPRÄSIDIUM KARLSRUHE
REGIERUNGSPRÄSIDIUM STUTTART • REGIERUNGSPRÄSIDIUM TÜBINGEN

Information nach Art. 13 bzw. 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

Die Regierungspräsidien Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart und Tübingen des Landes Baden-Württemberg verarbeiten im Rahmen der **Sachaktenverwaltung** personenbezogene Daten.

Wir nehmen den Schutz Ihrer persönlichen Daten sehr ernst. Mit diesen Hinweisen informieren wir Sie darüber, zu welchen Zwecken und auf welcher Rechtsgrundlage wir Ihre personenbezogenen Daten verarbeiten, an wen Sie sich in datenschutzrechtlichen Fragen wenden können und welche Rechte Sie nach der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) haben.

1. Wer ist verantwortlich für die Datenverarbeitung?

Für den Regierungsbezirk Freiburg:
Regierungspräsidium Freiburg
Kaiser-Joseph-Straße 167
79098 Freiburg
Telefon: 0761 208-0
E-Mail: poststelle@rpf.bwl.de

Für den Regierungsbezirk Karlsruhe:
Regierungspräsidium Karlsruhe
Schlossplatz 1
76131 Karlsruhe
E-Mail: poststelle@rpk.bwl.de

Für den Regierungsbezirk Stuttgart:
Regierungspräsidium Stuttgart
Ruppmannstraße 21
70565 Stuttgart
Telefon: 0711 904-0
E-Mail: poststelle@rps.bwl.de

Für den Regierungsbezirk Tübingen:
Regierungspräsidium Tübingen
Konrad-Adenauer-Straße 20
72072 Tübingen
Telefon: 07071 757-0
E-Mail: poststelle@rpt.bwl.de

2. **Wie erreichen Sie unsere Datenschutzbeauftragte bzw. unseren Datenschutzbeauftragten?**

Unsere Datenschutzbeauftragte bzw. unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie postalisch über die unter Ziff. 1 angegebene Postanschrift oder unter folgenden E-Mail-Adressen und Telefonnummern:

Regierungsbezirk Freiburg:
E-Mail: Datenschutzbeauftragter@rpf.bwl.de
Telefon: 0761 208-0

Regierungsbezirk Karlsruhe:
E-Mail: Datenschutz@rpk.bwl.de
Telefon: 0721 926-0

Regierungsbezirk Stuttgart:
E-Mail: Datenschutzbeauftragter@rps.bwl.de
Telefon: 0711 904-0

Regierungsbezirk Tübingen:
E-Mail: Datenschutz@rpt.bwl.de
Tel.: 07071 757-0

3. **Was sind der Zweck und die Rechtsgrundlagen der Verarbeitung der personenbezogenen Daten?**

a) **Zweck**

Wir verwenden Ihre personenbezogenen Daten um unseren Aufgaben in der Sachaktenverwaltung nachzukommen, zum Beispiel

- a) bei der Besetzung von Funktionsstellen,
- b) bei der Bearbeitung von Beschwerdefällen und Anfragen,
- c) bei der Bearbeitung von Prüfungsangelegenheiten,
- d) zur Sicherstellung der Erreichbarkeit von Schulleitungen in dringenden Angelegenheiten (z.B. Krisenfällen) an Wochenenden oder in unterrichtsfreie Zeiten.

b) **Rechtsgrundlagen**

Die Verarbeitung erfolgt auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e), Art. 15 und Art. 88 DS-GVO in Verbindung mit § 4 Landesdatenschutzgesetz und § 32 Abs. 1 Schulgesetz.

Sofern der von Ihnen vorgetragene Sachverhalt besondere Kategorien personenbezogener Daten, z.B. Angaben über Gesundheit, religiöse Überzeugung oder ethnische Herkunft enthält, stützen wir unsere Verarbeitung zusätzlich auf Art. 9 Abs. 2 Buchstabe a) und i) DS-GVO.

4. **Welche personenbezogenen Daten werden verarbeitet?**

Wir verarbeiten insbesondere:

Zu a)

- Vor- und Nachname, Titel
- Geburtsdatum, Geburtsort/-land

- Geschlecht
- Staatsangehörigkeit
- Privatanschrift
- Private Telefonnummer und E-Mailadresse
- Vorliegen einer Schwerbehinderung
- Familienstand
- Anzahl der Kinder
- Tätigkeiten vor Eintritt in den öffentlichen Schuldienst
- Engagement im außerschulischen Dienst
- Laufbahnbezogene Daten (z.B. Einstellung in den Schuldienst, Beförderungen, Dienststellen, Laufbahnprüfungen, Beurteilungen)

Zu b)

- Je nach Art der Kontaktaufnahme: Vor- und Nachname, Kontaktdaten (Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse etc.)
- Dienststelle bzw. besuchte Schule

Zu c)

- Kontaktdaten
- Informationen zur Bildungsbiographie/prüfungsrelevante Daten

Zu d)

- Privatanschrift
- Private Telefonnummern und E-Mailadressen

5. Woher stammen Ihre Daten?

Zu a)

Wir verwenden personenbezogene Daten aus dem Personalverwaltungssystem DIPSY, aus den Personalakten der Bewerberinnen und Bewerber, aus aktuellen dienstlichen Beurteilungen und aus den für die jeweiligen Funktionsstellenbesetzungsverfahren gängigen Formularen, welche von den Bewerberinnen und Bewerbern ausgefüllt werden.

Zu b)

Die personenbezogenen Daten der Beschwerdeführenden/Anfragenden werden bei Kontaktaufnahme direkt mitgeteilt.

Zu c)

Die personenbezogenen Daten werden mit Einreichen der Bewerbungsunterlagen mitgeteilt.

Zu d)

Die personenbezogenen Daten wurden von den Schulleitungen mitgeteilt.

6. Wie verarbeiten wir diese Daten?

Die Daten werden in einer internen Sachakte gespeichert.

Die personenbezogenen Daten der Schulleitungen sind im Referat hinterlegt und können bei Bedarf zum Zweck der Kontaktaufnahme durch die Beschäftigten des Referats 74 mit Leserechten eingesehen werden.

7. Werden die personenbezogenen Daten weitergegeben?

Zu a)

Bei Bewerbungen um Schulleitungsstellen werden die Daten der Bewerberinnen und Bewerber an die im Rahmen des Besetzungsverfahrens beteiligten Gremien (Schulkonferenz und Schulträger) zwecks Mitwirkung im Stellenbesetzungsverfahren nach § 40 Schulgesetz übermittelt.

Bei allen Funktionsstellenverfahren werden die Daten an das Kultusministerium weitergeleitet.

Zu b)

Bei Beschwerdefällen/Anfragen sind Beschäftigte der Abteilung 7 mit Leserechten Empfänger sowie, sofern zur sachgerechten Bearbeitung erforderlich, das Kultusministerium und weitere von Amts wegen zu Beteiligende.

Zu c)

Bei Prüfungsangelegenheiten erhalten die prüfungsdurchführende Schule und an der Prüfung von Amts wegen Mitwirkende die Daten.

Zu d)

Bei besonderen Anlässen und bei vorliegendem Einverständnis sind weitere zur Bearbeitung notwendige Personen Empfänger der Daten.

8. Besteht eine Pflicht zur Bereitstellung personenbezogener Daten?

Eine Pflicht zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten besteht nach den unter Ziffer 3 b) genannten Gesetzen. Ausgenommen hiervon sind Gesundheitsdaten.

9. Wie lange werden Ihre personenbezogenen Daten gespeichert?

Ihre Daten werden nach den Vorgaben des Landesaktenplanes für den Zeitraum von 10 Jahren gespeichert, soweit eine längere Speicherung nicht zur Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist.

10. Welche Rechte haben Sie als betroffene Person?

Nach der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) stehen Ihnen folgende Rechte zu:

a) **Recht auf Widerspruch (Art. 21 DS-GVO)**

Soweit wir Ihre personenbezogenen Daten zur Wahrnehmung unserer öffentlichen Aufgaben nach Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) DS-GVO verarbeiten, können Sie der künftigen Verarbeitung Ihrer Daten aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit widersprechen. Der Widerspruch ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

b) **Recht auf Auskunft (Art. 15 DS-GVO)**

Sie haben das Recht, von uns Auskunft darüber zu erhalten, ob und – wenn ja – welche personenbezogenen Daten wir von Ihnen verarbeiten. Der Antrag ist bei der für die Datenverarbeitung verantwortlichen Stelle (siehe Ziff. 1) zu stellen.

c) **Recht auf Berichtigung (Art. 16 DS-GVO)**

Sie können von uns unverzüglich die Berichtigung Sie betreffender personenbezogener Daten verlangen, sofern diese nicht (mehr) zutreffend sind. Bei unvollständigen Daten haben Sie – unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung – einen Anspruch auf Vervollständigung. Der Antrag ist bei der für die Datenverarbeitung verantwortlichen Stelle (siehe Ziff. 1) zu stellen.

d) **Recht auf Löschung (Art. 17 DS-GVO)**

Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen können Sie die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Die Anfrage ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

e) **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO)**

Unter den in Art. 18 DS-GVO genannten Voraussetzungen können Sie von uns die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Die Anfrage ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

f) **Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO)**

Dieses Recht steht Ihnen nur bezüglich solcher personenbezogenen Daten zu, welche Sie uns selbst bereitgestellt haben. Sie können danach verlangen, dass wir Ihre Daten Ihnen selbst in einem maschinenlesbaren Format zur Verfügung stellen oder diese an einen anderen Verantwortlichen übermitteln. Dieses Recht besteht jedoch nur, wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben (Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a) oder Art. 9 Abs. 2 Buchstabe a) DS-GVO) oder die Verarbeitung auf einem Vertrag gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe b) DS-GVO beruht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt.

Dies gilt nicht, wenn die Verarbeitung der personenbezogenen Daten für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die den Regierungspräsidien übertragen wurde (Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) DS-GVO). Der Antrag ist bei der für die Datenverarbeitung verantwortlichen Stelle (siehe Ziff. 1) zu stellen.

g) Recht auf Widerruf der Einwilligung (Art. 7 Abs. 3 DS-GVO)

Sofern die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf Ihrer Einwilligung beruht, haben Sie das Recht, Ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt. Der Widerruf ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

h) Recht auf Beschwerde (Art. 77 Abs. 1 DS-GVO)

Wenn Sie Fragen oder Bedenken im Hinblick auf die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben, können Sie das jeweilig verantwortliche Regierungspräsidium postalisch oder per E-Mail kontaktieren. Darüber hinaus können Sie Ihr Anliegen auch der bzw. dem behördlichen Datenschutzbeauftragten des jeweiligen Regierungspräsidiums zukommen lassen. Die entsprechenden Adressen finden Sie unter den Ziff. 1 und 2.

Wenn Sie der Auffassung sind, dass wir unseren Pflichten nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen sind, können Sie unbeschadet anderweitiger Rechtsbehelfe eine Beschwerde erheben bei dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg (LfDI BW).